

«Das Postennetz ist längst überholt»

Polizei-Reorganisation Sicherheitsdirektor Isaac Reber hält Schliessung von Posten für den einzig richtigen Weg

VON BOJAN STULA

Isaac Reber, wird die Polizei die Schliessung des Polizeipostens in Waldenburg auch gegen den Willen der Gemeinde durchdrücken?

Isaac Reber: Die Regierung hat ja beschlossen, dass wir nochmals mit Waldenburg reden sollen. Das werden wir noch dieses Jahr tun. Ich kann an dieser Stelle sagen, dass wir theoretisch auch mit der Schliessung von nur sechs Posten leben könnten. Aber dann stellt sich sofort die Frage, ob in diesem Fall Waldenburg der richtige Posten wäre, oder nicht doch eher Aesch oder Arlesheim. Ich könnte mir in Waldenburg aufgrund der besonderen Umstände vielleicht eine Zwischenlösung vorstellen, etwa mit einem Anzeigenbüro. Diese haben sich allerdings an zwei früheren Standorten nicht bewährt; auch aus Sicht der Gemeinden nicht.

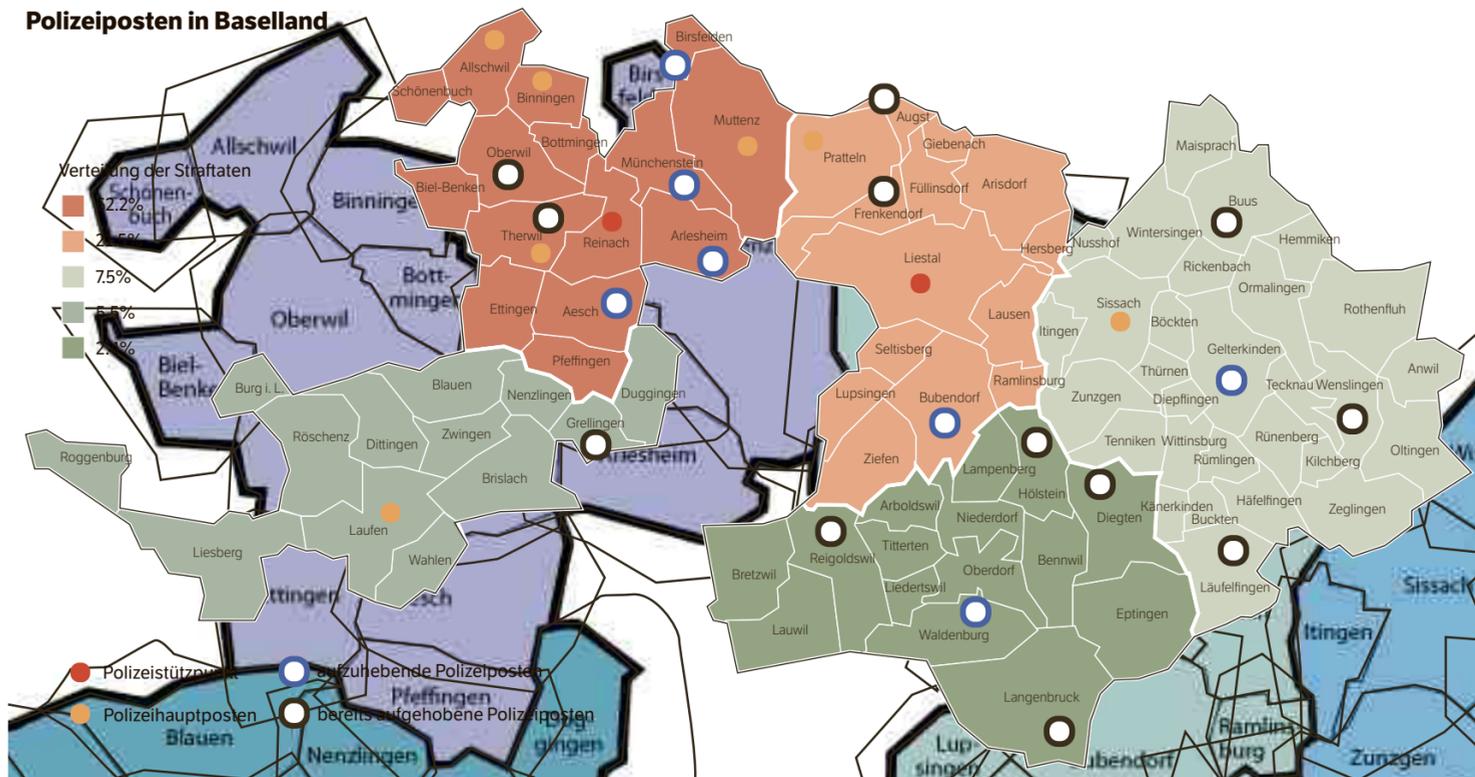
Es geht doch darum, dass mit der Schliessung in Waldenburg die Kantonspolizei im ganzen Bezirk keinen Stützpunkt mehr hätte. Die Oberbaselbieter fragen sich, ob ihre Steuerfranken weniger wert sind und der Kanton einfach Dienstleistungen einstellen kann.

Aus Sicht der Polizeistrategie ist die Sache klar: Die grössere Mobilität und verstärkte Patrouillentätigkeit der Polizei bringen auch dem Oberbaselbiet mehr Sicherheit. Aber natürlich verstehe ich die Gefühlslage in Waldenburg, ich habe schliesslich selber mal dort gewohnt. Der Abbau, den die Gemeinde erlebt, ist hart: Bezirkschreiberei weg, Industrie weg, Geschäfte weg, Restaurants weg. Trotzdem: Wir müssen für die Sicherheit im gesamten Kanton sorgen, wollen den positiven Trend im Kampf gegen den Kriminaltourismus nicht aufs Spiel setzen und können daher auf solche Befindlichkeiten keine Rücksicht nehmen. Die höchste Zahl an Delikten passiert im Bezirk Arlesheim, während Waldenburg der mit Abstand sicherste Bezirk ist.

Die Leute fühlen sich einfach sicherer mit einem Posten im Ort, und wenn der «Dorfpolizist» vor der eigenen Tür auch in kleineren Fällen zum Rechten schauen kann.

Die sichersten zehn Baselbieter Gemeinden haben alle keinen eigenen Polizeiposten, und die Menschen fühlen sich dort trotzdem sicher. Es ist ja nicht so, dass wir jetzt zum ersten Mal im Kanton Posten schliessen (siehe Grafik auf dieser Seite; die Red.). Gerade letzte Woche habe ich den Gemeindeverwalter von Frenkendorf getroffen. Das «Gschtürm» um die Postenschliessung von 2012 ist längst vergessen, und die Einwohner können sich nicht ein-

Polizeiposten in Baselland



«Natürlich verstehe ich die Gefühlslage in Waldenburg, ich habe schliesslich selber mal dort gewohnt.»

Isaac Reber
Baselbieter Sicherheitsdirektor

mal mehr daran erinnern, dass es einmal im Dorf einen Posten gab. Dafür sind alle sehr zufrieden mit der Präsenz der Patrouillen. Und vor allem auch damit, dass das Dorf bei der Polizei einen eigenen Ansprechpartner hat. Das ist die Lehre von damals und aus den aktuellen Gesprächen, dass wir jetzt allen Gemeinden ohne Posten einen direkten Ansprechpartner bei der Polizei zuteilen werden.

Die Gemeindebehörden befürchten, dass dieser nicht 24 Stunden am Tag erreichbar sein wird.

Auch die Polizeiposten sind nicht rund um die Uhr geöffnet. Zudem haben wir in den letzten anderthalb Jahren die Polizeiposten während der regulären Öffnungszeiten regelmässig geschlossen, wenn wir Einsatzkräfte für Patrouillen und Schwerpunktaktionen benötigt haben. Seit ich Sicherheitsdirektor bin, habe ich nicht eine einzige Reklamation erhalten, weil jemand an einen geschlossenen Posten angerufen ist. Ich verstehe, dass die Einwohner an ihren Posten hängen, doch ist das Postennetz im Kanton historisch gewachsen und von der heutigen Realität der Kriminalitätsbekämpfung längst überholt worden. Die Einbrecher fängt man nun mal auf der Strasse und nicht im Posten. Und seien wir ehrlich: Als Normalbürger geht man nie beim Posten vorbei, um ein-

STELLUNGNAHMEN

Auch Polizisten sind gegen Postenschliessungen

Die Polizei-Reorganisation war gestern auch Thema im Landrat. Im Rahmen der Fragestunde wollte **Andrea Kaufmann**, FDP-Landrätin und Gemeindepräsidentin von Waldenburg, die Ergebnisse der Stellungnahmen erfahren, die von Gemeinden und Organisationen vorgängig zu den geplanten Postenschliessungen abgegeben worden waren. Sicherheitsdirektor **Isaac Reber** räumte ein, dass sämtliche Stellungnahmen negativ ausgefallen sind, wobei sich die betroffenen Gemeinden Birsfelden und Gelterkinden nicht äussern. Der Birsfelder CVP-Landrat **Simon Oberbeck** bestätigt, dass die dortige Postenschliessung grossmehrheitlich unbestritten ist. Die Gemeinde Waldenburg verschickte dagegen gestern Nachmittag noch eine weitere Stellungnahme, in der sie die Bedeutung des Er-

fach Grüezi zu sagen. Auch der Kontakt mit der Bevölkerung findet vor allem draussen statt.

Es geht den Einwohnerinnen und Einwohnern eben auch um die lokale Verankerung der Behörden.

Wir stellen fest, dass die Leute tendenziell eher ihre Anzeigen während der Arbeits-

zeit oder nach dem Einkaufen in Liestal aufgeben als an ihrem Wohnort. Ich bleibe dabei: Aus strategischer Sicht ist unsere Reorganisation der einzig richtige Weg. Die Polizei muss auf die Strasse. Wir sind für die Sicherheit im ganzen Kanton verantwortlich. Wenn alle mobiler werden, kann es ja nicht sein, dass ausgerechnet die Polizei stationär bleiben soll.

halts des Postens in Waldenburg betonte und ihre Hoffnung Ausdruck verlieh, dass sich doch noch eine für das Tal akzeptable Lösung ergeben möge. Interessant auch, dass sich eine Mehrheit der Polizisten und Mitglieder des Polizei-Personalverbands, die zu den Schliessungen Stellung nehmen wollten, negativ äussern. Dies begründete Sicherheitsdirektor Reber mit der Befindlichkeit von Direktbetroffenen, wobei die Ziele der Polizei-Reorganisation nicht angezweifelt würden. In der gleichen Antwort entschuldigte sich Reber «in aller Form» dafür, dass eine für den 25. Oktober anberaumte Informationssitzung mit den Gemeinden einfach ausgefallen war, ohne die Betroffenen zu informieren (bz von gestern). Man habe sie in der Direktion wegen fehlender Neuigkeiten für überflüssig gehalten.

Bürgerliche können Personal nur halb beruhigen

Lohnkürzung Dass das Kantonsgericht die einprozentige Lohnsenkung beim Baselbieter Staatspersonal guthiess, könnten Bürgerliche als Steilvorlage nutzen. Doch diese haben andere Pläne.

VON MICHAEL NITTAUS

Das Urteil hätte nicht deutlicher ausfallen können: Einstimmig wies das Baselbieter Kantonsgericht vergangene Woche die fünf Beschwerden ab, die stellvertretend für satte 1452 Beschwerden gegen die einprozentige Lohnkürzung beim Staatspersonal behandelt wurden. Zwar wollen die Gewerkschaften erst nach der Publikation des schriftlichen Urteils entscheiden, ob sie es ans Bundesgericht weiterziehen. Doch damit rechnet niemand.

So klar und eindeutig war die Argumentation der Richter, dass dem Urteil richtungweisende Bedeutung zugemes-

sen werden kann. Das Gericht verwies unter anderem auf frühere Entscheide des Bundesgerichtes, das selbst Lohnkürzungen um fünf Prozent und mehr gestützt hatte. Die Unterlegenen gerieten deshalb direkt nach der Verhandlung leicht in Panik: «Falls der Landrat nun Blut geleckt haben und massivere Lohnkürzungen ins Auge fassen sollte, dann müssten wir das nächste Mal mit anderen Waffen vorgehen», sagte Matthias Scheurer vom Verband des Personals der öffentlichen Dienste (VPOD) zur Bz.

Eine Frage der Glaubwürdigkeit

Doch wie gross ist die Gefahr wirklich, dass Regierung oder Landrat schon in Kürze mit der nächsten linearen Lohnkürzung kommen? Gerade die Bürgerlichen schossen in der Vergangenheit schliesslich schon oft genug gegen die Privilegien des Kantonpersonals. Nicht so dieses Mal: «Das Personal hat damit einen wichtigen Sparbeitrag geleistet», sagt Balz Stückelberger. Der FDP-Landrat beschäftigte sich als Präsident der Personalkommission intensiv mit dem Gerichtsurteil. Sein Fazit: «Na-

türlich wäre es auf den ersten Blick verlockend, nun weitere Lohnkürzungen durchzusetzen, um den Staatshaushalt zu entlasten. Doch nur weil es rechtmässig ist, ist es nicht gerechtfertigt.»

Für Stückelberger sollten flächendeckende Lohnkürzungen nur im Notfall angewendet werden, da sie politisch «notwendig, aber sehr unpopulär» seien. «Ohne Not wären weitere Kürzungen nur schwer zu rechtfertigen. Es geht auch um die Glaubwürdigkeit der Regierung, da es schlicht nicht professionell wäre, portionenweise Kürzungen anzukündigen.» Wenn überhaupt, so der Freisinnige, hätte die Regierung von Anfang an eine höhere Lohnkürzung beantragen müssen.

Stückelberger erwartet auch aus seiner Fraktion keine weiteren Vorstösse in diese Richtung. Wichtiger sei es nun, ganz gezielte Sparmassnahmen umzusetzen. Dies im Rahmen der Vorgabe an die Kantonsverwaltung, bis 2019 zehn Prozent des Personalaufwands einzusparen. Dieses Ziel, an dem die fünf Direktionen zurzeit spürbar zu knabbern haben, hält Stückelberger

eigentlich für «nicht wahnsinnig ehrgeizig».

Auch bei der SVP konzentriert man sich auf anderes als Lohnkürzungen nach dem Rasenmäher-Prinzip. «Das wäre jetzt nicht zielführend», sagt Landrat Hanspeter Weibel. Und die Baselbieter Regierung lässt schriftlich ausrichten: «Wir haben wenig Verständnis für diese Spekulationen. Massgebend ist der Aufgaben- und Finanzplan 2017-2020, der dem Landrat vorgelegt wurde.» Dort ist keine weitere lineare Lohnkürzung enthalten.

Lohnsystem an sich in Gefahr

Können die Gewerkschaften also aufatmen? «In dieser Deutlichkeit höre ich das von den Bürgerlichen zum ersten Mal», sagt Martin Kaiser, VPOD-Präsident der Region Basel, und hält fest: «Dann nehmen wir sie aber auch beim Wort.» Denn grundsätzlich traut Kaiser dem bürgerlich dominierten Landrat alles zu. Überhaupt mahnt er: «Man muss sich bewusst sein, dass noch einige bürgerliche Vorstösse und Initiativen hängig sind, die es auf das Lohnsystem

des Kantons an sich abgesehen haben. Die sind auch gefährlich.»

Tatsächlich sollten demnächst zwei Initiativen der Liga der Baselbieter Steuerzahler in den Landrat kommen, die das kantonale Personalrecht liberalisieren wollen. Und Stückelberger hat erst vergangenen Juni eine Motion eingereicht, die das Kündigungsrecht lockern möchte. In der Personalkommission wird zudem gerade die Revision des Personalgesetzes beraten, bei der die FDP ähnliches anstrebt. Bereits überwiesen wurde ein Postulat der SVP, das das kantonale Lohnsystem mit den starren Lohnklassen flexibler gestalten will.

Hier möchte auch Weibel ansetzen: «Ich propagiere seit Jahren, dass man die Löhne der älteren Kantonsangestellten senken sollte.» Diese hätten schliesslich weniger Ausgaben und höhere Pensionskassenbeiträge. Ausserdem würden sie bei Bewerbungen attraktiver weil günstiger. «Das müsste auch im Sinne des Personals sein, da so auch die Generation 50+ leichter Jobs finden würde, respektive für den Kanton eine längere Beschäftigung interessant ist.»